

22.10.2009

Koalition: Vern(i)ebelung der Tatsachen



Dieter Sattler

Die werdende schwarz-gelbe Koalition sucht verzweifelt nach einem finanzpolitischen Ausweg, den es nicht gibt. Sie hat einerseits versprochen, die Steuern zu senken. Andererseits die Staatsschulden nicht ausufern zu lassen. Da beides zusammen in der derzeitigen Finanzkrise nicht geht, sind Union und FDP auf eine Scheinlösung verfallen, die schon Helmut Kohl zur Finanzierung der Wiedervereinigung nutzte. Man gründet ein Schattenhaushalt.

Auf diese Weise werden neue Schulden geschickt kaschiert. Das ist zwar für den Bürger schonender, als die Sozialabgaben zur Finanzierung leichter Steuersenkungen kräftig zu erhöhen. Aber wenn der FDP-Generalsekretär Dirk Niebel die Gründung eines Schattenhaushaltes als «transparente Lösung» bezeichnet, kann man dies nur als «Verniebelung» der Tatsachen bezeichnen. Auf abgeordnetenwatch.de ist zu lesen, dass die FDP-Bundestagsfraktion solche Maßnahmen noch im Februar als «Verschleierung» bezeichnet hat.

Weil es nun aber eine Bundesregierung mit FDP-Beteiligung tun wird, ist also aus Verschleierung «Transparenz» geworden. Alle Achtung, Herr Niebel. Das ist fast so dreist wie nach der letzten Bundestagswahl, als aus den zwei Prozentpunkten Mehrwertsteuererhöhung, die die Union angekündigt hatte, und der von der SPD vertretenen Nulllösung drei Prozent mehr Verbrauchssteuer wurden.

Das hatte die FDP damals aus der Opposition heraus noch heftig kritisiert. Jetzt rettet sie sich mit der Union in den Schattenhaushalt, um ihre unrealistischen Wahlversprechen zumindest auf den ersten Blick halten zu können. Dabei wird der Bürger noch nicht einmal ganz von höheren Abgaben verschont. Die beschlossene Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze und die offenbar geplante Erhöhung des Pflegebeitrags trifft viele Arbeitnehmer.

Und den Schattenhaushalt, der künftigen Generationen neue Schulden aufbürdet, gibt es noch obendrauf.

Scheinheilig ist es, wenn FDP-Finanzexperte Solms diese Maßnahme damit erklärt, solcherart die Verantwortung der alten Regierung für die aktuelle Haushaltsmisere klar zu markieren. Denn zum einen stellt die Union weiter die Kanzlerin. Zum anderen hat die FDP in früheren Zeiten auch die Kohl'schen Schattenhaushalte abgenickt, die zur aktuellen Schuldenlast des Staates von 1,6 Billionen Euro kräftig beigetragen haben.

Die Dreistigkeit der FDP-Begründung, erst durch einen Kassensturz habe man das ganze Ausmaß der Finanzmisere erkannt, ist bisher nur einmal übertroffen worden, und zwar im Jahr 2002 von der Regierung Schröder: Bis zum Wahlabend hatte damals Finanzminister Hans Eichel (SPD) verkündet, die Lage der Staatsfinanzen sei stabil – um direkt nach der Wiederwahl nach einem angeblichen Kassensturz die blanke Not zu erkennen. Und die Abgaben zu erhöhen.

Wir hoffen, dass es die Bürger diesmal nicht ganz so schlimm trifft wie damals. Denn die neue Koalition hat ja die Schein-Lösung gefunden: den Schattenhaushalt.

dieter.sattler@fsd.de

© 2009 Frankfurter Neue Presse

(cached version 2009-10-22 05:59:49, next update: 06:19:49)